



Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2022

Kantonale Volksinitiative " Kinderbetreuung für Alle"

P210998

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Frist für die Berichterstattung des Regierungsrats an den Grossen Rat zur unformulierten Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» um sechs Monate zu verlängern.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung zur kantonalen Volksinitiative «Kinderbetreuung für alle» um sechs Monate. Die Volksinitiative fordert eine kostenlose Kinderbetreuung bis zum Eintritt in die erste Klasse der Primarschule in allen zugelassenen Kindertagesstätten, Tagesfamilien, Spielgruppen, Tagesstrukturen und Mittagstischen. Aufgrund der Inkraftsetzung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes auf 1. Januar 2022 befindet sich das System der familienergänzenden Tagesbetreuung in Kindertagesstätten und Tagesfamilien zurzeit in einer Phase der Umstellung. Um alle Elemente der Initiative und deren Auswirkungen vertieft zu prüfen und eine detaillierte Schätzung der Mehrausgaben vorzulegen, ist eine Verlängerung der Frist notwendig.

